

Kämpfe zwischen Swapo- und DTA-Anhängern gemeldet. Die amtliche Bilanz des vorletzten Wochenendes: ein Toter und 33 Verletzte. Kaum zufällig dabei, daß die Schußwechsel stattfanden, nachdem am letzten Septembertag die berühmte Spezialtruppe „Koevoet“ (Breachstange) aufgelöst worden war. Südafrikas Namibia-Verwalter Louis Pienaar befolgte damit eine Resolution des Uno-Sicherheitsrats.

Doch bei ihrem letzten Appell fehlten bereits 300 von 1200 schwarzen Koevoet-Leuten, die bis dahin bei ihren Brutaleinsätzen von weißen Offizieren befehligt worden waren. Empört protestierte der finnische Chef der Uno-Besatzter, Martti Ahtisaari, in Windhuk. Er sei über den Verbleib der Truppe nicht informiert worden.

Ihre Waffen, behaupten Kenner der „Koevoet“, seien längst in sicheren Verstecken gelagert – Vorsorge für den Fall, daß vom 14. November an, dem Tag, an dem das Wahlergebnis erwartet wird, „die rote Fahne über Windhuk weht“.

Israel

Faule Äpfel

Mit legalen Tricks, aber auch außerhalb der Gesetze versuchen israelische Soldaten, dem Dienst in den besetzten Gebieten zu entgehen.

Vor dem Militärgefängnis Nummer 6 in Atlit waren jüdische Demonstranten aufgezo-gen. Sie gehörten zur Bewegung „Jesch Gvul“ („Es gibt eine Grenze“), die seit Jahren Israels Engagement in den besetzten Gebieten bekämpft. Zum 5750. Neujahr des jüdischen Kalenders dankten sie „unseren mutigen Söhnen, die nicht Handlanger einer schmutzigen Unterdrückungspolitik sein wollen“. Die Adressaten saßen hinter Gittern.

In Atlit verbüßen jüdische Soldaten ihre Haftstrafen, die sich geweigert hatten, Dienst im besetzten Palästinenserland zu leisten und dort, so Jesch Gvul, „Kinder zu verprügeln oder auf sie zu schießen“.

Nach Meinung der Demonstranten sitzen noch zu wenig ein: „Erst wenn 1000 Soldaten den Dienst ablehnen, werden die Politiker

auf den Boden der Realität zurückkehren“, erläutert ein Plakat.

Vorläufig sind es bedeutend weniger. 80 Verweigerer standen bisher vor den Militärgerichten.

Doch der Einsatz gegen die seit 22 Monaten anhaltende Intifada bereitet Israels Soldaten zunehmend Gewissenskonflikte. „Die Zahl der Dienstunwilligen steigt ständig“, sagt Dr. Joram Peri vom Zentrum für Strategische Studien der Tel Aviver Universität. Israels Abendzeitung *Jediot Acharonot* vermutet, es gebe, vorrangig unter den Reservisten, „Hunderte, vielleicht Tausende Drückeberger“. Die Entwicklung hält das Blatt für „durchaus bedrohlich“.

Die meisten versuchen legal, dem Wehrdienst in den besetzten Gebieten auszuweichen. Vor jedem Dienstturnus werden Israels Soldaten 40 Tage im voraus informiert. Viele Einberufene treten dann Auslandsreisen an, lassen sich von ihren Arbeitgebern Bescheinigungen über ihre Unentbehrlichkeit ausstellen, legen ärztliche Atteste vor oder beantragen Aufschub, weil die Frau schwanger, die Mutter ernstlich erkrankt sei.

Das hilft oft, denn in vielen Fällen drückt die Armee ein Auge zu. Sie möchte Konflikte vermeiden. Fast einem Viertel der Wehrpflichtigen gelingt es deshalb, dem Dienst auf dem Jordan-Westufer und im Gazastreifen zu entkommen.

In anderen Fällen greifen die Militärbehörden durch und statuieren Exempel. Dienstgegner werden dann zu 28 bis 35 Tagen Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Freilassung erhalten sie neue Gestellungsbefehle, die regelmäßig zu einer nochmaligen Verweigerung und wiederum zu Gefängnisstrafen führen.

Der Reservist Rami Chasson wurde schon fünfmal eingesperrt, weil er nicht jenseits der „grünen Grenze“ des jüdischen Kernstaates dienen wollte. „Theoretisch könnte man uns lebenslanglich in

Haft halten“, schimpft ein aufbegehrender Unteroffizier.

In einem Fall zogen sogar Vater und Sohn als Verweigerer ins Gefängnis. Carlos Lewenhoff, 42, ein 1967 aus Uruguay eingewanderter Kommunist, hatte den Einsatz in einem Wehrdorf im besetzten Gebiet abgelehnt: „Ich habe das Gefühl, einem anderen Volk das Land zu stehlen.“ Dafür mußte er 35 Tage Haft absitzen. Sein Sohn Amit kam aus demselben Grund ins Gefängnis.

In einem Festungsstaat, in dem der Militärdienst die höchste Pflicht ist, waren Gruppen wie Jesch Gvul lange als Verrätervereine verpönt. Derzeit beginnt vor allem unter Militärs ein Lernprozeß. Die Intifada erfordere „eine politische Lösung“, erklärte unlängst Stabschef General Dan Schomron. „Man kann doch diese Suppe nicht mit einer Gabel essen“, meinte ein hoher Offizier.

„Viele Soldaten können keine Lösung am Horizont erkennen. Sie fühlen sich machtlos und sind bestrebt, den Dienst zu verlassen, oder sich so wenig wie möglich zu profilieren“, glaubt Dr. Peri.

Diese Tendenz wächst mit dem steigenden Unwillen vieler Israelis gegen die täglichen Bilder von roher Armeegewalt in den besetzten Gebieten. Erstmals bejahten 52 Prozent der Bevölkerung den Vorschlag des ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak, Israel solle in Kairo Verhandlungen mit den Palästinensern aufnehmen, was jedoch vom Likud-Block vergangenen Freitag erneut abgelehnt wurde.

Um dem Gewissensdruck in den besetzten Gebieten zu entgehen, möchten sich viele Soldaten aus den Elite-Einheiten in die zweite Linie zurückversetzen lassen. Ein Offizier: „Ich bin kein Pazifist. Ich habe den Jom-Kippur-Krieg und den Libanon-Feldzug mitgemacht. Aber ich will nicht während meiner 62

Tage Reservedienst steinerwerfende Kinder in Nablus verprügeln oder auf Vermummte in Gaza schießen.“

Die wachsende Zahl der Nörgler und Verweigerer nimmt Stabschef Schomron nicht so ernst und tut sie als „wenige faule Äpfel“ ab.

Hält jedoch die Intifada an und sind auch weiterhin keine ernsthaften israelischen Bemühungen um eine politische Lösung erkennbar, droht Israels Streitkräften eine noch tiefere Moralkrise. Die Morgenzeitung *Haarets* befürchtet, beim nächsten Befehl, noch härter vorzugehen, könnten „Tausende den Gehorsam verweigern“.



Verweigerer Lewenhoff mit Foto des Sohnes*: 35 Tage Haft

* Plakat links: Prügelnde Soldaten, Aufschrift: „Sag nicht, du hast es nicht gewußt“; Plakat-Aufschrift rechts: „Papa, was machst du in den besetzten Gebieten?“